

Bezugspreis:

Wortführer 25.00 M., monatlich 8.50 M. ...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Soll u. Sein' erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adressen: Sozialdemokratisches Deutschland.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Standardzeile ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 17. Mai 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Frankfurt und Hanau geräumt.

Frankfurt a. M., 17. Mai. Die Räumung von Frankfurt durch die Franzosen und Belgier wurde kurz nach 9 Uhr ohne Zwischenfall beendet.

Frankfurt am Main, 17. Mai. Hanau ist von den Franzosen bereits vollständig geräumt.

Die Räumung Frankfurts begann, wie wir bereits in der ersten Abendausgabe meldeten, um 4 Uhr morgens.

Die Konferenz von Gythe.

Verfallener Frieden und Abschlagszahlung.

Gythe, 15. Mai. (Menter.) Eine amtliche Mitteilung über die Konferenz besagt: Lloyd George und Millerand haben sich heute dahin geeinigt, daß die Konferenz in Spa aufgeschoben werden soll.

Die englischen und französischen Kohlenkontrolleure, die an der Konferenz von Gythe teilnahmen, einigten sich über einen Plan, durch welchen Frankreich eine Mindestlieferung von Kohlen zugesichert wird.

Bezüglich der Entscheidung der Konferenz in Gythe betreffend die gleichlaufende Liquidation der interalliierten Schulden, wird erklärt, daß, wenn Deutschland Zahlungen zu leisten hat, die sich über eine gewisse Zahl von Jahren verteilen.

Beitritt der Schweiz zum Völkerbund.

Bern, 16. Mai. In der heute vorgenommenen Sollsabstimmung wurde mit 410 000 gegen 320 000 Stimmen der Beitritt der Schweiz zum Völkerbund beschlossen.

Der Minimalbetrag der deutschen Schuld.

Gythe, 16. Mai. Die von den englischen und französischen Ministern am Schluß der Konferenz angegebene Erklärung lautet:

1. Die englische und die französische Regierung erkennen an, daß es im allgemeinen Interesse liegt, daß die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden unverzüglich sichergestellt wird.

Landtagswahlen in Braunschweig.

Zunahme der reaktionären Stimmen.

Braunschweig, den 17. Mai. (Eigener Drahtbericht des 'Vorwärts'.) Nach den bei der gestrigen Wahl zum Landtag abgegebenen Stimmengängen erhalten voraussichtlich der Landeswahlverband (Reinigte Rechte) 23, die U. S. P. 23, die Sozialdemokratie 8, die Demokratische Partei 6, die Kommunisten keinen Sitz.

Braunschweig, 16. Mai. Bei der Landtagswahl in Braunschweig wurden in Braunschweig-Stadt abgegeben: für den Landeswahlverband (vereinigter Rechtsparteien) 27 271, für die Demokraten 6886, für die Sozialdemokratie 8029, für die Unabhängigen 28 022, für die Kommunisten 1092 Stimmen.

Die Zahlen ergeben zwar eine sozialistische Mehrheit, andererseits stellt sich aber das Anwachsen der Rechten als äußerst bedenklich dar.

Alles in allem zeigen die braunschweigischen Wahlen, daß der Wahlkampf zum Reichstag für die Arbeiterschaft nur zu gewinnen ist, wenn sie geschlossen ihre Front gegen rechts richtet und den selbstmörderischen Bruderkampf einstellt.

Der Abberaubte verboten! Die interalliierte Rheinlandskommission hat die Einfuhr der Zeitschrift 'Abberaubte' in den besetzten rheinischen Gebieten auf zwei Monate verboten.

Die kritische Arbeiterabordnung ist in Petersburg eingetroffen.

Französische Kombinationen.

Die deutsch-französischen Besprechungen über die wirtschaftlichen Beziehungen Frankreichs und Deutschlands in Paris haben zu allerlei Äußerungen in der französischen Presse und im Parlament Anlaß gegeben.

Diese Haltung der regierenden Kreise Frankreichs wird ins rechte Licht gesetzt, wenn wir die Laizische hinzufügen, daß gegenwärtig das französische Handelsministerium sich durch Rundschreiben an deutsche Kaufleute wendet.

Der die Wirtschaftspolitik kennend, die während des Krieges in Frankreich empfohlen und verfolgt wurde, wer über die Leidensgeschichte der deutsch-französischen Wiederaufbauverhandlungen unterrichtet ist, wird von diesem Um-schwung überrascht sein.

Diese kurzfristige, selbstmörderische Politik hielt noch eine gute Weile nach Einstellung der Feindseligkeiten vor.

Was sich ereignet heute, erfährt man erst einige Monate später, als das 'Comptoir' des Herrn Bruno Callasch in Köln austauchte.

Dieses Ministerium existiert nicht mehr. Mit dem Abgang des Ministers Clemenceau wurde es wieder mit dem Wiederaufbauministerium verschmolzen.

So standen die Dinge noch vor wenigen Monaten. Und heute kommt man mit 'Kombinationen' für den Wiederaufbau und anderen Kombinationen wirtschaftlicher Beziehungen.

Daß Deutschland bereit war, vom ersten Tage der Einstellung der Feindseligkeiten aus eigener Kraft an die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete zu gehen, wissen wir alle, und wenn man in Frankreich heute sich erlaubt zu behaupten, daß in dieser Beziehung keine Vorschläge gemacht wurden, so zeigt das, höflich ausgedrückt, von einem kurzen Gedächtnis.

Paris, 16. Mai. Wie 'New York Herald' aus Gythe meldet, sollen von Deutschland 90 Milliarden Goldmark, zahlbar in 20 Jahresraten als Entschädigung verlangt werden.

Französische Justiz.

Wiesbaden, 16. Mai. Laut amtlicher französischer Bekanntmachung wurde der hiesige Strahenbahnangehörige Lender vom Kriegsgericht der Rheinarmee zu 5 Monaten Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe verurteilt.

ichen Kriegsgefangenen ein volles Jahr zurück, um sie zu Heloten des Wiederaufbaus zu machen. Als freie Arbeiter hätten sie gegenwärtig gewirkt und ein großer Teil der Ruinen wäre heute wieder aufgebaut. Als Kriegsgefangene kosteten sie Millionen, legten französische Truppen zur Ueberwachung brach und stifteten währenden Tag. Während dieses Jahres war aber auch das deutsche Wirtschaftsleben von den verheerenden Folgen des verlängerten Waffenstillstandes zerfressen und das deutsche Volk zum Siechtum verurteilt. Zugleich benutzten die französischen Schieber das Loch im Weisen, um den deutschen Markt mit französischer Ware zu überfluten. Alles dies hatte die katastrophale Wirkung, daß die deutsche Valuta bis auf vier Prozent von Paris sank.

Da erst begann den Franzosen ein Licht aufzugehen. Mit der deutschen sank auch die französische Valuta; mit dem Ruin Deutschlands schwand die Hoffnung, entschädigt zu werden. Während das offizielle Frankreich seine Raubpolitik fortsetzte, stellten England, Italien und die Vereinigten Staaten ihre Politik auf eine Verständigung mit Deutschland ein. Daher dieser plötzliche und totale Umschwung.

Die französische Regierung und die französischen Politiker und Diplomaten müssen erkennen, daß ihre Politik ein Un Ding ist. Enge wirtschaftliche Beziehungen ohne eine politische Annäherung und Verständigung sind ein Widerspruch in sich selbst. Eine Illusion ist es aber zu glauben, Deutschland werde den Stempel des Wiederaufbaus auf sich nehmen. Die Kombinationspläne des „Temps“ und seiner Hintermänner sind mit kühlem Kopfe zu untersuchen. Die Situation ist nicht mehr, die sie vor 18 Monaten war. Die Wiederaufbauarbeiten sind zum guten Teil an französische Geschäftleute übertragen worden, die die Aufträge gegen hohe Provisionen weitergeben. Wir haben keinen Anlaß, uns heißhungerig auf die abgenagten Knochen zu stürzen.

Zunächst muß über unsere Verpflichtungen, die aus dem Friedensvertrage hergeleitet werden, Klarheit geschaffen werden. Das wird sich in Spa entscheiden. Die Vertreter der französischen Regierung hätten im Interesse Frankreichs allen Grund, den Bogen nicht zu überspannen und keine unerfüllbaren Forderungen zu stellen. Wenn seit einigen Tagen die französische Valuta wieder steigt, dann dankt sie das der deutschen; von Deutschlands Wohlstand hängt Frankreichs Wohlstand ab. Diese „Kombination“ sollte man in Paris nicht vergessen.

## Reichskanzler Müller in Nordbayern.

München, 16. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In vier öffentlichen, überaus stark besuchten Versammlungen sprach Reichskanzler Müller, der Spitzenkandidat unserer nordbayerischen Liste, in der zweiten Hälfte der verflochtenen Woche in Bamberg, Bayreuth, Erlangen und Nürnberg. Selbst in Bayreuth, wo die Veranstaltung erst am letzten Tage bekanntgemacht werden konnte, fanden Hunderte wegen Ueberfüllung des Saales keinen Einlaß. In Bamberg, Bayreuth und Erlangen traten unsern Redner nur bürgerliche Gegner entgegen. Sie feierten aber mit ihrem Widerstand nur den Erfolg unserer Versammlungen zur Vollkommenheit, weil sie Hermann Müller die beste Gelegenheit zur glänzenden Abrechnung mit den Deutschnationalen gaben.

In Nürnberg war der größte Saal der Stadt so überfüllt, wie man es nie vorher gesehen hatte. Die Gänge, die Galerien und das Bobium waren von Besuchern aus allen Volksschichten dicht gedrängt. Müller redete ausschließlich gegen die Rechtsparteien. Er rechnete mit der Reaktion und mit dem Militarismus rückwärts und schließlich des Mains gründlich ab. An der Hand authentischer Material aus der Kanzlerzeit Rag von Wabens wies Müller nach, wie die Elemente, die heute die Reaktion sind, die Republik für das trügerische Los unseres Landes verantwortlich machen, gerade gewesen sind, die durch ihre geldgierige Politik Deutschlands nationales Reichthum verpulvert und das deutsche Volk ins Unglück gestürzt haben. Durch eine ge-

taufte Presse versuchen politische Bankrotteure jetzt das deutsche Volk zu betören. Sie spekulieren dabei auf die Vergesslichkeit der Wähler und Wählerinnen. Am 6. Juni müssen die Männer und Frauen den reaktionären Parteien, die sich als verkappte Schutztruppen der Schwerindustrie und des Militarismus erweisen haben, die Quittung durch den sozialdemokratischen Stimmzettel ausstellen.

In der Diskussion versuchten zwei Unabhängige Stimmenfang zu treiben. Stürmische Zwischenrufe der Versammelten bewiesen, daß die Arbeiterklasse Nürnberg den Bruderwitz gründlich satt hat. Als die Genossen Süßheim und Müller den Unabhängigen vorhielten, wie gerade sie in dieser für den Bestand der Republik ersten Zeit durch ihre Spalterei der Arbeiterschaft die Geschäfte der Deutschnationalen und der andern Nationalisten vornehmen, wollte der Beifall kein Ende nehmen. Aus allen Ecken wurde der U. S. P. durch Zwischenrufe das Ländertagelager vorgeworfen und sie zum Schweigen aufgefordert. Die elementare zum Ausdruck gebrachte Mißstimmung gegen die U. S. P. Politik veranlaßte den nächsten Redner, der der R.P.D. angehörte, von Angriffen auf unsere Partei abzugehen und lediglich eine Anfrage an Müller zu richten.

In stürmische Hodeuse auf die Sozialdemokratische Partei stimmten nach Schluß der Versammlung selbst die U.S.P.-Mitglieder ein, da sie sich der elementaren Wirkung der Versammlung nicht entziehen konnten. Nach Schluß der Versammlung meldeten sich zahlreiche Leute bei unserer Partei an und zeichneten namhafte Beiträge für den Wahlfonds.

Diese vier Versammlungen in Nordbayern sind ein glänzender Aufstakt für einen Wahlsieg in den drei Franken. Die Versammlungen erinnern an die schönsten Zeiten der einzigen Partei. Gold freudiger und kampfbereitiger Schwung für uns, eine derartige Mißstimmung gegen die U. S. P. haben selbst die Optimisten in unserer Partei nicht erwartet. Mit ausgezeichneten Aussichten zieht die Sozialdemokratie Nordbayerns in die Wahlschlacht.

## Verherrlicher des Chaos.

In einer Polemik gegen den „Vorwärts“, auf die eingegangen wir keine Ursache haben, stellt Herr Wulle Behauptungen auf, die ihrer ganz besonderen Niederrichtigkeit wegen, kurz belächelt zu werden verdienen. Um seinen deutschnationalen Wählern die Notwendigkeit der Reaktion recht deutlich vor Augen zu führen, malt er wieder einmal den roten Terror in allen nur erdenklichen Farben aus. Er schreibt:

Wer sich unterwegs befindet, kann tagtäglich hören, daß der Kommunismus ein Aufstand, natürlich aufs wärmste unterstützt von den Unabhängigen und auch teilweise von den Rechtssozialisten, nicht mehr lange auf sich warten lassen wird. Das ganze Industriegebiet ist ein Vulkan, dessen Ausbruch schließlich zu erwarten ist. Die Nachrichten aus Mitteldeutschland lauten täglich erschütterter. Der Süden des Reiches wird täglich erbitterter auf Berlin. Bayern hat die Peinbefahrung seiner Einwohnern durchgedrückt. Preußen wird wehrlos gemacht. Wir stehen vor dem Chaos.

Was zunächst die Behauptung betrifft, daß wir Sozialdemokraten — auch nur teilweise — etwaige Kommunismpläne aufs wärmste unterstützen, so ist das eine gemeine Lüge, die keiner weiteren Widerlegung bedarf. Wenn Herr Wulle ferner wahre Schreckbilder über die Lage im Reich ausmalt, so kann man ihm nicht mehr den guten Glauben zusprechen. Wir wissen, was es bedeutet, wenn wir positiv behaupten, daß hier der Wunsch des Gedankens Vater war. Wir wissen, daß einem Deutschen eine schwerere Verleumdung kaum zugesagt werden kann, als die Behauptung, er erhoffe derartige chaotische Zustände. Ziehen wir aber aus der inneren, wie außerpolitischen Haltung der Deutschnationalen, die noch stets aus jedem Unglück Deutschlands Parteihonig zu gewinnen suchten, die logische Folgerung, so ergibt sich allerdings der schwere Vorwurf, daß gewisse Leute den Untergang des Reiches erlösen, um auf seinen Trümmern sich ihr Parteiparadies zu errichten. Das aber, Herr Wulle, gilt durchaus nicht nur für die Kommunisten.

## Verschärfter Streik in Frankreich.

Paris, 16. Mai. (Holländisch Neutsbureau.) Verschiedene Streiks stauten ab, aber auf den Eisenbahnen hat sich die Streiklage verschärft und ist kritisch geworden. In Lyon haben die Streikenden die südlichen Ausgänge der Stadt besetzt, so daß die Arbeitswilligen nicht nach dem Bahnhof und den Eisenbahnwerkstätten kommen können. In der Stadt kam es zu Zusammenstößen, bei denen 15 Personen verletzt wurden.

Wie „Temps“ mitteilt, wird das föderative Komitee der Eisenbahnergewerkschaften heute abend die Wiederaufnahme der Arbeit beschließen. Der Allgemeine Arbeiterverband glaubt nämlich, daß er schon einen Erfolg davongetragen habe durch die Veröffentlichung des Regierungsentwurfs über die Rationalisierung der Eisenbahnen.

## Die amerikanischen Sozialisten für die zweite Internationale.

New York, 16. Mai. (Holländisch Neutsbureau.) Ein Teil der amerikanischen sozialistischen Partei versuchte, die Partei zum Anschluß an die dritte Internationale zu bewegen. Der sozialistische Landeskongreß, der im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen zusammengetreten ist, beschloß jedoch mit 108 gegen 60 Stimmen bei der zweiten Internationale zu verbleiben. Es wurde ein gewisser Vorbehalt genehmigt, der der Partei eine größere Freiheit bei der Verfolgung ihrer Politik lassen soll.

## Konflikt zwischen Ärzten und Krankenkassen.

Der Beirat des Verbandes der Ärzte nahm am Sonntag in Leipzig Stellung zu dem Streit mit den Krankenkassen. Er beschloß den Eintritt des vertraglosen Zustandes vom 5. Mai 1920, mittags 12 Uhr, erklärt sich jedoch damit einverstanden, daß auf etwaiges Ersuchen der Krankenkassen nachträgliche Verhandlungen in einem paritätischen Ausschuß stattfinden. Voraussetzung hierzu sei, daß dort über sämtliche Streitpunkte und über die freie Arztwahl verhandelt wird.

Für den Fall, daß bei einem Kampfe zwischen Ärzten und Kassen versucht werden sollte, die berufliche Freiheit der Ärzte durch Zwangsmaßnahmen anzutasten, würden, so betont die Entschiedenheit, unabsehbare Folgen unermesslich sein.

In Niederbarnim hat die lasserärztliche Vereinigung bereits vom 10. Mai den vertraglosen Zustand beschlossen. Es werden jetzt von den Ärzten nur wirklich ernsthafte Fälle zu den Krankenkassen der allgemeinen deutschen Gebührenordnung behandelt. Das von den Ärzten verauslagte ärztliche Honorar wird der Kasse zur Wiedererstattung des Betrages vorgelegt. Die Kasse hat jedoch den Ärzten Klage auf Schadenersatz angedroht.

Schon heute muß auf die schweren gesundheitlichen Gefahren verwiesen werden, die bei einer weiteren Zuspitzung des zwischen Krankenkassen und Ärzten ausbrechenden Konflikts droht. Unter keinen Umständen darf es zugelassen werden, daß zahlreiche Kranke infolge der Verweigerung ärztlicher Hilfeleistung ihr Leben einbüßen. Wie wir bereits die Entlegung der lebensnotwendigen Betriebe beurteilten, so erst recht die Verweigerung der ärztlichen Hilfe gegenüber den Kranken.

Verfassungswahlen in Danzig. Bei den gestern vorgenommenen Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung der fünfzig freien Stadt Danzig erhielten: die Sozialdemokratische Partei 19, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei 21, die Deutschnationale Partei 10, das Zentrum 17, die Deutschnationale Volkspartei 34, die freie Wirtschaftliche Vereinigung 12 und die Polnische Partei 7 Sitze. Es fehlen zwar noch einige ländliche Bezirke, doch dürften diese an dem Ergebnis kaum etwas ändern.

Der kommissarische Landrat für Niederrhein, Genosse Storch, teilt uns mit, daß er den in unserem Bericht über die Verammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten mitgeteilten Ausspruch „Die Kriegsbeschädigten brauchen keine Rentenerhöhung“ nie getan habe.

## Strindberg als Dramatiker des Expressionismus.

Von Dr. Paul Landau.

Kein anderer Dramatiker wird gegenwärtig auf deutschen Bühnen so viel gespielt wie Strindberg, und im Zusammenhang damit werden seine Werke immer mehr verbreitet, so daß man geradezu von einer „Strindbergmode“ sprechen kann. So wird dieser größte Dichter Schwedens nach seinem Tode, zuerst bei uns, außerhalb seines Vaterlandes, als eine der gewaltigsten Persönlichkeiten der Weltliteratur erkannt; die Dichterjugend sieht in ihm Vorbild und Meister, und zwar sind es hauptsächlich die Dramen seiner späteren Zeit, die den größten Einfluß auf die Bühnenwerke unserer jüngsten Dramatiker ausübten, denn Strindberg hat in diesen Werken einen neuen Stil und eine neue Technik geschaffen, die Dramatik des Expressionismus. Die Größe Strindbergs offenbart sich uns in einem reineren Licht, in den neuen Ueberlegungen, die der Verlag Deutscher und der Insel-Verlag herausgebracht haben. Ohne die geschichtliche Bedeutung des Uebersehens der großen Gesamttausgabe Strindbergs, Schering, irgendwie herabzusetzen zu wollen, muß doch gesagt werden, daß es ihm nicht gelungen ist, uns in seinen Ueberlegungen einen Eindruck von der außerordentlichen Sprachkunst Strindbergs zu vermitteln. Strindberg hat in seinen Dramen, die die innersten Offenbarungen eines auf höchste vereinzelten Seelenbundes darstellen, einen unendlichen Reichtum und Feinheit des Ausdrucks entwickelt, und von diesem unendlich dämonischen Duft, der etwa die Szenen des „Traumspiels“ oder der „Gespenscherfonate“ umhüllt, geben die Ueberlegungen von Heinrich Goebel, Mathilde Mann u. a. eine bessere Vorstellung.

Die Dramen der ersten Periode in Strindbergs Schaffen sind aus dem Naturalismus geboren und zeigen den Einfluß Ibsens. „Der Vater“, „Münchinger“ und einige kleinere Dramen dieser Zeit hatten einen Ausschritt der Wirklichkeit mit starker Gegenständlichkeit fest, und das Temperament des Schöpfers zeigt sich nur in der Grellheit der Konflikte und der Strenge der Themen, die er wählte. Um 1890 aber begann im Leben Strindbergs jene große Krise, die unter dem Einfluß Nietzsche's zu einer völligen Ueberformung des Naturalismus führte. Das Ergebnis dieses grandiosen Seelenkampfes ist der geniale Roman „Am Meer“, der in einer neuen schönen Ueberlegung im Insel-Verlag vorliegt. Die Weltkenntnis dieses faustischen Geistes bucht nun immer stärker hervor; seine Dichtungen greifen weit hinaus über das Wirkliche in die Unendlichkeiten; das Uebernatürliche ragt in das Alltägliche hinein; die Welt des Wunders und der Mystik tut sich auf, und er wird auch in seinen Dramen zum Darsteller innerer Erlebnisse, lehrt sich konsequent von jeder Nachahmung der Natur ab und gestaltet die Ereignisse der Bühne ganz aus seinen Träumen, Ahnungen und Visionen. Diese Entwicklung läßt sich in der um das Jahr 1900 entstandenen Dramenreihe deutlich verfolgen. Im „Rausch“, der das Pa-

riker Willen der naturalistischen „Kameraden“ festhält, schwankt noch alles zwischen Realismus und Mystik; die Gestalten sind durch psychologisch gerechtfertigt, werden bald von mystischen Mächten willenlos fortgerissen.

Die Probleme, die er früher naturalistisch gestaltet, wachsen ihm aber nun in immer tieferen, monumentalen stilisierten Formen. So wird in den beiden Teilen des „Todesstanzes“ das Ebe-Problem, das den Dichter so viel beschäftigt, ins Gigantische und Ewige gehoben. Der Mann wächst hier zum Dämon und Vampir empor, während die Frau sich zum wilden Raubtier, zu der vom biblischen Fluch betroffenen Seltene entwickelt. Es sind nicht mehr Einzelpersönlichkeiten mit Einzelschicksalen, die sich wie Laura und der Räuber im „Galer“ gegenüberübersehen, sondern der Hauptmann und Alice im „Todesstanz“ sind übersteigerte Typen ihres Geschlechts, Mann und Weib schlechthin, und von dieser Urmenchen- und Urweltstimmung geht die ungeheure Wirkung des Dramas aus. In den „Jahresfestspielen“, von denen „Oster“ und „Advent“ die bekanntesten sind, bildet die Natur nur den Rahmen für die Schilderung einer inneren Passion, und alles Vergänglichke wird hier zum Gleichnis, wenn die vom dumpfen Nachtal irdischer Sorgen umspannen durch die Sicherheit einer ahnungslosen Jungfrau im milden Frühlinglicht zu Verlobung und Auferstehung geführt werden. Die drei Teile von „Nach Damaskus“ legen dann in großartigen Bildern alle Stationen auf dem Lebensweg des Dichters dar, und in dem sich anschließenden „Traumspiel“ ist jeder Zusammenhang mit der Wirklichkeit ganz bemußt aufgegeben, indem die Personen sich teilen, verdoppeln, verdunkeln, sich verbäutern, zerfließen, sich sammeln. Aus dieser Darstellung des Traumes, in dem es keine Geheimnisse, keine Inkongruenz, kein Gesetz gibt, lenkt Strindberg in den „Kameradschaften“ um 1910 zu einer Darstellung hin, in der alles Wirkliche nur noch als äußere Maske und Fassade erscheint.

Welches sind nun die Elemente des dramatischen Expressionismus, den Strindberg in diesen Werken ausgebildet hat? Zunächst ist es der Verzicht auf jede objektive Darstellung der Wirklichkeit und die konsequente Schilderung rein subjektiver Seelenzustände. Alle Gestalten, die auf der Bühne erscheinen, sind nur Abbildungen seines Willens, Ausstrahlungen seines Jäh. Die Szenen und Bilder sind nicht wirkliche Vorgänge, sondern nur Spiegelungen seiner Gefühle. Abbilder der Visionen und Phantasien, in denen sein inneres Erleben sich offenbart. Mit dieser Subjektivierung des ganzen Weltbildes geht aber zugleich eine Typisierung Hand in Hand. Das Jäh wird zur Menschheit, Strindberg stellt keine individuellen Personen mehr dar, sondern Typen, den Menschen an sich.

Die Handlung selbst erhält einen völlig unwirklichen Charakter, auch wenn sie scheinbar in einem alltäglichen Milieu spielt. Aber in Dramen, wie der „Gespensterfonate“, redt sich die Ewigkeit unmittelbar aus dem Alltag hervor, stehen Spul und Kellnerwesen mitten in engen Stuben, ohne daß, wie etwa bei E. T. A. Hoffmann, noch ein Element des Märchens anklingt, sondern als reines inneres Erlebnis des Dichters. Zur Erreichung dieser unmittelbaren expressivistischen Eindringlichkeit bedient sich Strindberg einer Form, die man sehr richtig „halb musikalisch und halb mathematisch“ form, die man „halb musikalisch und halb mathematisch“ genannt hat.

„sich“ Form ist der erste Teil von „Nach Damaskus“, wo alle Bilder der Handlung in der zweiten Hälfte in umgekehrter Reihenfolge wiederkehren und das Stück auf demselben Punkte schließt, auf dem es begonnen.

So sind diese Dramen Strindbergs echte expressionistische Kunst, Ausdruck einer seelischen Notwendigkeit ohne Rücksicht auf die Natur, Schöpfungen einer neuen Phantasiewelt, Städte einer gewaltigen, ganz persönlichen und zugleich überpersönlichen Konfession, die ihre Symbole finden in jenem Epilog der „Großen Landstraße“, auf der der ewige Wanderer und Sucher, der dieser Dichter war, noch einmal die Bilder und Gestalten seiner inneren Vision an sich vorbeiziehen läßt.

Renée Operettenhaus. Die Geschichte von der tüchtigen Gutdewalterin, die dem aristokratischen Bruder Niederlich das vernünftige Gut wieder in die Höhe bringt, ist aus dem in jeder Hinsicht besseren „Polenblut“ bereits bekannt; in der von Leon Aren und Reinhard Buchsinder zusammengestellten Handlung muß eine „Prinzessin Friedl“ die tüchtige Gutdewalterin aus dem Herzen des Grafen verdrängen — a bifera a Dab und a bifera a Frau usw. —, aber die Prinzessin ist nicht echt (sonst hätte beim Erwachen der „Stimme der Natur“ wahrscheinlich ein Riechneuprimas oder ein Chauffeur herhalten müssen). In der teilweise reizenden Musik Leo Aschers wird vielfach wieder einmal den Klava Lügen gestraft, d. h. etliches ist nicht schon einmal, sondern schon hundertmal dagewesen. Für die Rettungsmedaille sind vorzu- schlagen: die prächtige Lotte Beckmeier und die prächtige Erna Ritter, sowie die Herren Willi Strehl, der anfangs mehr schrie als sang, sich aber dann erfreulicherweise an seinen Partnerinnen ein Beispiel nahm, der unermüdete Oskar Sobbo und der mit künstlerischer Wählung komische Paul Westermayer. Orchester und Leitung des Komponisten: lobenswert, Igenische Ausstattung: Kriegserlach, Kostüme: Friedenstware. 12.

Das Puffkonzert. Zum Besten des Vereins Berliner Presse wurde am Sonntagmittag in der Staatsoper ein musikalisches Festessen serviert, das nur aus Vorlesern bestand. Die besten Namen der Sangeswelt gaben sich hier ein Stelldichein in Frühlingstouten, aber sonst wie zu einer Generalprobe. Mayrovich sog sich aus der improvisierten Auffstellung von Geroinen mit Glogars und Takt heraus. Der Jued aber heiligt die Mittel und so soll berichtet sein, daß das Haus voll und wohlgestimmt war. Schade, daß in die Monotonie der vokal Vorträge nicht ein Instrumentalfest eingefügt war. Die Curanthe-Couvertüre leitete ein. Joseph Schwarz, der ewige Abfager, streifte, um für sein eigenes Konzert intern zu bleiben. Ihn erlebte Maria Woggen, die besonders in der Terzetto-Arie glänzte. Mit seltener Klangreinheit absolvierte der Opernchor unter Rabel ein a-capella-Stück aus der „Stummen“. Karin Wrangel gab ihren besonders vollen Mezzosopran leider der lächerlichen Polka-Arie her; und als einziger Mann fand Erb aus München mit der lrischen Weichheit seines Tenors in der Faust-Operette bei seinen Verehrern einmütige Aufnahme. Lange dauerte das Diner, das Dessert war nicht abzuwarten und satt wurde man nicht. K. S.

Frauenfürsorge in der Republik.

Von Luise Schroeder, Mitglied der Nationalversammlung.

Die Deutsche Nationalversammlung verabschiedete vor kurzem einen Gesetzentwurf, betreffend Aenderung des Gesetzes über Wochenhilfe und Wochenfürsorge vom 26. September 1919.

Zunächst ist, um verschiedenartiger Auslegung der geltenden Bestimmungen ein Ende zu bereiten, eine Bestimmung ausgenommen worden, nach der vier Wochen des Wohngeldes vor der Entbindung zu zahlen sind.

Der Krankenkasse ist weiter die Möglichkeit gegeben, das Wohngeld höher als das Krankengeld, und zwar bis zur Höchstgrenze von drei Vierteln des Grundlohnes zu bezeichnen.

Infolge eines bevorstehenden Gesetzes der Preussischen Landesversammlung, wonach in Preußen die Hebammen als besoldete Beamte angestellt und den Wöchnerinnen zur Verfügung gestellt werden soll, mußte eine Bestimmung geschaffen werden, wonach aus dem Entbindungskostenbeitrag ein zeitweiliger Beitrag von vornherein ausgeschrieben und an die betreffende Behörde abgeführt werden kann.

Arbeit ist geschaffen insofern, als die Wochenhilfe nicht doppelt, sondern stets nur von einer Seite zu leisten ist, ebenso wie darüber, daß auch im Falle der Familienhilfe, das heißt der Gewährung von Wochenhilfe an Angehörige (Frauen, Töchter, Pflegekinder) versicherter Männer die für die versicherte Wöchnerin geltende sechsmonatliche Versicherungsdauer im letzten Jahre bei einer Krankenkasse Voraussetzung ist.

Auch ist die Bedingung, daß die Ehefrau, falls sie Anspruch auf diese Familienhilfe erhebt, mit dem Mann in häuslicher Gemeinschaft leben muß, fallen gelassen worden, da der Mann tatsächlich unter den heutigen Verhältnissen gezwungen sein kann, sich außerhalb des Wohnortes seiner Familie Arbeit zu suchen.

Die seinerzeit vom Zentrum in das Gesetz hineingebrachte Bestimmung, daß das Reich und die Krankenkassen

den unehelichen Vater des Kindes eraspflichtig machen konnten, ist zum Glück wieder in Fortfall gekommen. Es ist damit eine lästige und meist erfolglose Schnüffelerei wieder beseitigt worden.

Eine weitere Verbesserung bedeutet die Erhöhung der Einkommensgrenze für „minderbemittelte“ Wöchnerinnen. Die Beträge von 2000 M. für die alleinstehende, 2500 M. für die verheiratete Wöchnerin sind nunmehr einheitlich für beide erhöht worden auf 4000 M.

Ferner glaubte man auch im Hinblick auf die Reichsfinanzen eine derartige Erweiterung der Wochenhilfe nicht vornehmen zu können. Heute kostet dem Reiche die bestehende Reichswochenhilfe 125 Millionen Mark jährlich.

Anderes war es mit dem Antrage, den die unabhängige Rednerin bei der zweiten Beratung im Plenum der Nationalversammlung stellte, die Mindestbezüge der Wochenhilfe und des Stillschuldens, die nunmehr im Falle des Versterbens der Wöchnerin an die für den Unterhalt des Kindes Sorgenden gezahlt werden sollen, zu verdoppeln.

Festgesetzt ist noch worden, daß diese Wochenfürsorge aus öffentlichen Mitteln, also nicht die durch Versicherung erworbenen nur für die deutsche Wöchnerinnen in Frage kommt.

Außerordentlich bedauerlich ist, daß es nicht gelungen ist, wie von uns beantragt, eine Bestimmung aufzunehmen, die auch den nichtversicherten, aber auch nicht unter den Begriff „minderbemittelte“ fallenden Beamten die Wochenhilfe sichert.

glaubten, daß die ihnen überall das Brot weg nähmen, und daß die an allem Unglück schuld wären, und daß es am besten wäre, alle samt und sonders, die da wehmütige Geine hatten und einen wehmütigen Rücken dazu, aus dem Lande zu treiben.

Die Edelsten und Besten der Nation aber riefen sich die Hände und häckerten im stillen ob der hierdummen Brillenträger, die die Welt ganz verzerrt sahen, und die den Schwarzen und Krummbeinigen während nachließen, während sie sich von den Edelsten und Besten das Huhn aus dem Topfe und das Marx aus den Knochen durch Steuern und Arbeit stellen ließen.

Und wer nicht glaubt, daß solches geschehen sei, der lese die Geschichtsbücher nach, die berichten über das, was in dem großen Lande mit Namen Deutschland im Jahre 1813 und 1814 und im Jahre 1848 und im Jahre 1878 und später geschehen ist.

Im Jahre 1813 und 14 und 1815 und 16 und in dieser Zeit, da wollten die Bauern von der Herrschaft der Edelsten der Nation befreit werden, und da legten die Edelsten gar verflämmerndlich den Panten und den Stämmen ihre Jaucherbriele auf die Nase, und wer diese Jaucherbriele trug und sie nicht herunterriß von seiner Nase, der glaubte nun, daß es etwas gar Schlimmes und Böses sei, von der Herrschaft der Edelsten befreit zu werden, und daß solche niederträchtige Handlung nur ausgedenkt könne von den Schwarzen und Krummbeinigen.

Und später im Jahre 1848, da wollte das Volk, so da lebte in Deutschland, selbst mitreden in seinen eigenen Angelegenheiten; aber wieder hoben die Besten und Edelsten der Nation vielen von den Deutschen ihre Brille auf die Nase, und wiederum glaubten die Brillenträger, es sei etwas Dummes und Schändliches, wenn man in seinen eigenen Angelegenheiten mitredet.

Als die Zeit aber vorgerückt war bis zum Jahre 1878, da legte ein Mann, so der Stößer hieß und Hochprediger war, eine besonders große Brille auf sich an, und es hatten ihm dabei ein leibhaftiger Reichherr und der hieß Hammerstein, und ein Lehrer mit dem Namen Schwarz und so viel Brillen fabrizierten sie gemeinsam, daß wieder die guten Brillenträger im Lande Deutschland nicht sahen, was ist, sondern das sahen, was die Brillenfabrikanten sie sehen lassen wollten.

Und nun haben die Edelsten und Besten der Nation im Lande mit dem Namen Deutschland wieder einmal ein großes Unglück angerichtet. Ein gewaltiger Krieg, der dem Volke das Blut abzapfte und das letzte blaue Markstück und das letzte glänzende Goldstück aus der Tasche nahm, ist zu Ende. Da rissen sich Millionen von Brillen-

nur bei Aenderung des Beamtenrechts überhaupt geändert werden kann. Es hat deshalb eine Resolution Annahme gefunden, die die Regierung ersucht, baldmöglichst einen entsprechenden Gesetzentwurf einzubringen.

So ist es sicher richtig, daß die geschaffene Wochenhilfe nicht alle Wünsche erfüllt. Das konnte, wie schon einleitend bemerkt, auch nicht die Aufgabe der jetzt zur Beratung gestandenen Novelle sein. Aber wie schon bei der Beratung des ersten Gesetzes im August in Weimar zum Ausdruck gekommen und wie bei der jetzigen Beratung wiederholt, bedeuten diese Gesetzesbestimmungen lediglich Notverordnungen. Der sozialpolitische Ausschuss war sich vollkommen darin einig, genau so wie unsere Fraktion, daß dadurch die Forderung nach einem wahrhaften Mutterschutz, nach einer durchgreifenden Fürsorge für Mutter und Kind nicht erfüllt ist.

Besteht der Reichstag aus Frauen und Männern, die nicht nur reden, sondern gewillt sind, ernste Arbeit zu leisten, so wird und muß sich ein Weg finden lassen. Die Frauen müssen dafür sorgen, daß diese Hoffnung besteht. Sie haben das Wahlrecht, sie haben die Wahlpflicht, mögen sie entscheiden!

Ludendorffs Verzweiflungslüge.

Eine neue Widerlegung des „Dolchstoßes“.

Nach Kurt Heinigs ausgezeichnete Schrift „Die große Katastrophe von der erdolbten Front“ (Verlag Buchhandlung Vorwärts) erscheint im Jenbacher Verlag (Berlin, Luisenstr. 11b) eine weitere Broschüre zu diesem Thema, von dem wohl die Deutschenationalen allmählich einsehen werden, daß seine genaue Untersuchung nicht gegen uns, sondern allein gegen sie selber wirkt.

Der Verfasser, selber Frontsoldat, weist gegen das Gerücht der Heimkrieger vom Schlage Lebensloos Kipp und Kar nach, daß die Westfront im Herbst 1918 keine Spur revolutionär unterwirft, aber vollkommen abgeklappt, auf den Tod müde und infolge der Niederlagen in verzweifelter Stimmung war.

Der Verfasser zitiert weiter eine Anzahl militärischer Autoritäten, den General v. Kuhl, Generalmajor v. Gleich, Generalleutnant Böllner u. a., die alle nachweisen, daß der Zusammenbruch nach der furchtbaren Heberspannung und teillosen Abnutzung aller Volkkräfte unermeldlich war. Er zitiert auch Hindenburg selber, der im Dezember 1918 noch nichts von

trägern die Brille von der Nase, und sie sahen nun deutlich und in aller Klarheit, wer das furchtbare Unglück angerichtet hatte. Die Edelsten und Besten der Nation aber redeten dem guten Volke, das in Deutschland lebt, gut zu und ermahnten es nachsichtig und schriftlich, daß doch wieder die Brille auf die Nase legen zu lassen, dann würde es ganz klar und deutlich sehen, daß nicht die Edelsten und Besten das Volk ins Unglück geführt hatten, sondern daß die Krummbeinigen die Schlachten kommandiert und die Weltig geleitet hätten und daß somit die Krummbeinigen allein an allem Unglück schuld seien.

Ein Mann aber, der da Hergat heißt und Minister gewesen ist und sich durch politische falsche Prophezeiungen einen geachteten Namen gemacht hat, hat herablich triumphierend verkündet, die Brillenpolitik werde im Lande Deutschland wiederum die wunderlichsten Erfolge haben, so daß erneut die Edelsten der Nation in Deutschland die Nase der Brillenträger in dem genannten Lande in kurzem kommandieren, schillanieren, schützeln und ausbeuten werden.

Dies aber ist das wahrhaftige Märchen von den politischen Dummköpfen in Deutschland und wer nicht zu den Dummköpfen gehören will und wer sich nicht die antisemitische Brille von den Edelsten und Besten der Nation wieder auf die Nase setzen zu lassen wünscht, der lese, was ist.

Wir leimen eigenen Augen, die nicht von einer Brille getrübt sind, zeigt aber die deutsche Welt ein ganz anderes Bild.

Der klare Augen hat zu sehen, der sieht, daß die Reaktionsäre uns in einen furchtbaren Krieg hineingekürt haben. Der Krieg ist verloren mit furchtbaren Folgen und der Jorn des Volkes hat die Edelsten, die bis dahin die Nation geführt hatten, mit einem revolutionären Fuhrtritt in den Winkel geschleudert, und nun kommen die politischen Hausierer der Reaktion und möchten den Dummköpfen unter uns die antisemitische Brille wieder auf die Nase schwindeln.

Weg mit dieser Brille!

Wir, das arbeitende Volk, wir Sozialdemokraten, fragen nicht nach Krummbeinigen und Grabstätten, wir wollen den Menschen leben wie er ist. Wir achten den ansässigen Juden, wie denn unsere Führer Marx und Lassalle Juden gewesen sind. Wir haben auch kein Vorurteil gegen onständige Adlige, die auf unserem Marsch zur Befreiung der Welt sich uns anschließen, aber bekämpft haben wir stets, bekämpfen nun wie stets und bekämpfen werden wir stets die Reaktion der Edelsten der Nation, deren Ziel ist, das Volk zu verdammen und das verdammte Volk auszubeuten.

Arbeitendes Volk, das bedenke bei den Wahlen!

Von den politischen Dummköpfen

Ein wahrhaftiges Märchen.

Es war einmal ein großes Reich. In diesem Reiche herrschten jahrzehnte- und jahrzehntelang die Edelsten der Nation. So nannten sie sich nämlich selbst. Diese Edelsten der Nation hatten einen König und Kaiser an der Spitze und da sie die Edelsten waren, so erklärten sie jeden, der nicht das wollte, was sie wollten, für einen vaterlandslosen Gesellen, einen Unruhstifter und Völschwärzer. Diese Edelsten der Nation mit ihrem Kaiser und König an der Spitze führten Kriege, und in dem letzten großen Krieg gewannen die Heeresmassen, die sie führten, zwar jahrelang große Siege — so tapfer war das Volk, das sie führten — aber weil sie immer weiter kämpften, und weil sie immer noch aller Warnungen nicht Frieden schließen wollten, führten sie schließlich sich und ihre Heere in den Abgrund des Verderbens.

Im Verlauf eines Jahrhunderts hatten sie schon dreimal Staat und Volk zum völligen Zusammenbruch gebracht, und jedesmal hatte das gutmütige Volk wieder und wieder die Edelsten der Nation sich zu Justizministern und Herren gelegt. Wie durch einen bösen Zauber war es geschehen, aber, wenn man deutlich hinschaut, so erkennt man, daß das gar kein Zauber war, sondern daß die Edelsten der Nation nur Auge und gerissene Beute waren, und daß jener Teil des Volkes, der hinter ihnen herlief, das Unglück hatte, aus politischen Dummköpfen zu bestehen.

Diese politischen Dummköpfe waren nämlich, wie das so bei Dummköpfen zu geschehen pflegt, nicht klug, und woher ihr Unglück kam, das wußten sie nicht und konnten sie nicht erkennen, weil sie gar schlechte Augen hatten. Statt zu sehen, was die Edelsten der Nation ihnen antaten, wie sie vielen von ihnen das Fell über die Ohren zogen, sie schlecht behandelten, ihnen die Taschen leerten und sie verdammen ließen, waren sie zufrieden, wenn die Edelsten der Nation ihnen eine Brille auf die Nase setzten, und diese Brille hatte eine ganz merkwürdige Eigenschaft. Wer sie trug, sah nur das, was nach dem Willen der Edelsten die Brillenträger sehen sollten.

Und was sahen sie nun, diese Brillenträger?

Sie sahen, daß überall im Lande Menschen mit krummen Geinen und krummen Nasen und schwarzen Hängeloden herumhiefen. Millionen und Millionen. Es gab zwar im ganzen Land von diesen Krummbeinigen nur ganz wenige. Auf hundert Geradenafige kam noch nicht ein Krummbeiniger, so hatten es die Gelehrten des Landes ausgerechnet, aber die unglücklichen Brillenträger sahen überall und an allen Orten die mit den Hängeloden, und sie



# Der Wahlkampf.

## Spotten ihrer selbst.

### Einigkeit und Schädleinschlagen.

In einem Bericht über eine kommunistische Versammlung schreibt die „Rote Fahne“ das folgende:

Vertreter der U.S.P. melbten sich nicht zum Wort, dafür sprachen ein Duzend A.A.P.-Leute, die, da sich niemand mit ihnen in einer Versammlung beschäftigte, sich selbst untereinander aufs Schärfste angegriffen. Der eine verleugnete Hoffheim und Laufenberg, der nächste bekannte sich für diese, ein dritter wollte die Aktion auch über die Köpfe der A.A.P.-Führer durch die Betriebsorganisation führen, ein anderer A.A.P.-Mann sprach diesem das Recht ab, im Namen der A.A.P. zu reden, worauf andere A.A.P.-Leute lärmten. Da stellte ein A.A.P.-Mann den Antrag auf Einschluss der A.A.P.-Schreier. Kurzum, es war lustig, diese Kacksgerei zuzusehen. Alle A.A.P.-Leute sprachen für die Einigung des Proletariats und hatten sich darauf gegenseitig bald den Schädel eingeschlagen.

Die „Rote Fahne“ vergißt hinzuzusetzen, daß die A.A.P.-Leute nur fortziehen, was die A.P.D. und die U.S.P.-Leute begonnen haben. Die A.A.P.-Leute balgen sich untereinander zur Freude der Kommunisten. Die Kommunisten und Unabhängigen balgen sich untereinander zur Freude der Sozialdemokraten, Sozialdemokraten, Unabhängigen, Kommunisten und kommunistischen Arbeiterparteier balgen sich wiederum untereinander zum Vergnügen der bürgerlichen Gegner. Die ganze Geschichte ist, wie man sie betrachten will, entweder zum Tollachen komisch oder auch zum Heulen traurig.

## Ohne Januar-Putsch kein Lüttwich.

Am 5. Januar 1919 legten die Obleute, und da wurde ihnen erklärt, daß zehntausende Soldaten mit tausenden Geschützen und Maschinengewehren in Berlin und seiner weiteren Umgebung marschbereit stünden, die ob wir oder ohne die Arbeiterschaft marschieren und handeln würden, und als der Tanz begann, da kam nicht ein Mann.

Doch hiermit leider noch nicht genug. So gewissenlos diese „Information“, um den Beschluß (zum Putsch, Red.) herbeizuführen, noch tausendmal gewissenloser war der Kampf organisiert, der völlig ohne Führung war. In Berlin wurde Bersärdmörderlos gespielt, das man dreißig und tolpatschig spielte, spielte mit Menschenleben und mit der Revolution, das zeigte sich schnell.

Die Januarbewegung ist die Geburtsstunde der Freiwilligenkorps, der Einwohnerehren, der Antifaschistenschützen, mit ihnen die Städte verschandelnden Plakaten, der wilden Gege zu Juden, Pogromen, der Restauration des Heeres und des Herrn-im-Hause, der Schloßbarone, der lähmenden und gewalttätigen Aufseherbesetzungen innerhalb des Proletariats.

So schreibt der unabhängige ehemalige Volksbeauftragte Emil Barth auf Seite 132 seiner Schrift „Aus der Werkstatt der Revolution“.

## Wer hat den Krieg verloren?

### Zwei Dokumente.

Großes Hauptquartier, den 1. Oktober 1918.

General Ludendorff erklärte mir, daß unser Angebot von Bern aus sofort nach Washington weitergehen müsse. 48 Stunden

## Oberst Bauers Verteidigungsschrift.

### „Wer hält heute noch sein Manneswort.“

Der staatsrätlich verfolgte Oberst Bauer verfügt einweilen über genügend Ruhe, um in einem Münchener Verlag eine Verteidigungsschrift des 13. März herauszubringen. In ihrem politischen Teil ist sie ein Gemisch von zehnmal abgenutzten Agitations Schlagworten der alldutschen Presse, angelegenen politischen Broden und Halbwahrheiten, die den erstaunlich engen Horizont des politisierenden Offiziers kennzeichnen. Ein Grauen läuft einem über den Rücken, wenn man bedenkt, daß dieser politische Ignorant und Schlagwortnachbeter die rechte Hand und der geistige Berater des politisch nicht höher stehenden Ludendorff während des ganzen Krieges war, daß dieser Kuckbund politischer Ahnungslosigkeit Deutschlands Geschichte in den Abgrund gelenkt hat und jetzt wiederum die Hügel an sich nehmen wollte — zu dem gleichen Erfolg. Dabei ist dieser politische Dilettant von einer Anmaßlichkeit sondergleichen. Er, der abwechselnd über den „unsauberen Kapitalismus“, bald über die „Aufreizung zum Klassenhaß“ schimpft, fühlt sich berufen, sämtlichen Parteien ohne Unterschied zu sagen, daß sie nichts taugen, nur nach dem Munde ihrer Wähler reden, Stimmensfang treiben usw.

Erst zu nehmen sind dagegen die Ätze, die Bauer der Haltung einzelner Truppenführer aufstellt. Sie widerlegen das Märchen von der Zuverlässigkeit der Reichswehr und Sicherheitspolizei und zeigen die schwankenden Gestalten im grellsten Lichte. Wir zitieren hier wörtlich:

Er (Lüttwich) hatte seit langem die übrigen leitenden Offiziere der Reichswehr über seine Auffassung der Lage orientiert und seiner Ansicht nach auch überzeugt. (S. 8.)

Lüttwich setzte sich mit den Truppenführern und den Führern der Sicherheitspolizei in Verbindung, ein Teil unterstützte sich ihm bedingungslos, ein Teil war noch unsicher. Die Haltung der Sicherheitspolizei war besonders wichtig, denn es sollte ein Kampf zwischen Truppen, bzw. zwischen Truppe und Polizei, auf alle Fälle vermieden werden. (S. 13.)

(Aus dem Kapitel „Der 13. März 1920“): General Lüttwich begab sich in das Reichswehrministerium und übernahm dort die Geschäfte des Reichswehrministers, befehligte aber gleichzeitig das Oberkommando des Gruppenkommandos I bei. Einige wenige Offiziere vom Stab des Gruppenkommandos, die dem Unternehmen, von dem sie übrigens Kenntnis gehabt hatten, ablehnen und gegenüberstanden, legten ihre Posten nieder. Die übrigen verpfichteten sich zur Mitarbeit unter den neuerschaffenen Verhältnissen. Die Kommandeure der Truppenteile und der Sicherheitspolizei wurden herbeigerufen und sagten ihre Gefolgschaft zu, so daß tatsächlich am 13. Vormittag die gesamten Stäbe und Truppen des Gruppenkommandos I sowie die Sicherheitspolizei sich für Lüttwich erklärten. (S. 16.)

Außerordentlich interessant wird die Stellung des Generals von Oven durch Bauer geschildert. Im Anschluß an die zitierte Stelle heißt es nämlich:

Wäre die Armee nicht warten. Er hätte Eure Erzählung dringender, alles zu tun, damit das Angebot auf allerhöchste Weise durchläufe.

Ich wies deutlich darauf hin, daß der Feind trotz aller Beschleunigung kaum vor Ablauf einer Woche anzuwarten werde. Der General betonte, daß alles darauf anläufe, daß das Angebot spätestens Mittwoch nacht oder Donnerstag früh in den Händen der Entente sein müsse, und bittet Eure Erzählung, alle Hebel dafür in Bewegung zu setzen. Er glaube, daß zur Beschleunigung vielleicht die Note von der schweizerischen Regierung durch Einspruch von Neuen an den Adressaten mit Schweizer Chiffre gegeben werden könne.

### Sindenburg an den Reichskanzler.

Berlin, den 3. Oktober 1918.

Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am Sonntag, den 2. September d. J. gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen.

Infolge des Zusammenbruchs der mazedonischen Front, der dadurch notwendigen gewordenen Schwächung unserer Bestreuer und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen.

Der Gegner seinerseits führt ständig neue, frische Reserven in die Schlacht.

Noch steht das deutsche Heer festgefügt und wehrt sich gegen alle Angriffe ab. Die Lage verschärft sich aber täglich, und kann die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen.

Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder veräumte Tag kostet Tausenden von Soldaten das Leben.

Wo steht da etwas von einem „Dolchstoß“? Diese beiden Schriftstücke sind der dokumentarische Beweis, daß der Krieg infolge militärischer Niederlagen verloren ging.

## Die Hanseaten zum Wahlkampf.

Das Großkapital rüstet sich zum Endkampf. Es spannt die letzten Kräfte an. Stinnes verucht die deutsche Presse mit seinen Milliarden zu kaufen. Nun tritt auch der von dem Industrie- und Handelskapital gegründete Hansabund auf den Plan. Er verucht so viel Vertreter des Großkapitals, wie es ihm nur möglich ist, in den neuen Reichstag hineinzubringen und hat sich zu diesem Zweck schon eine ganze Reihe Vertreter der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei, deren Haltung ja nie ganz entschieden ist, gesichert. Um recht mächtig aus dem Wahlkampf hervorzugehen zu können, suchen die Großkapitalisten immer neue Summen in ihren Wahlfonds fließen zu lassen. So verschickt der Hansabund jetzt einen Aufruf an seine Mitglieder, für den Wahlkampf einen einmaligen Beitrag von mindestens 300 Mark zu entrichten.

Achtung, Arbeiter! Seht Euch vor! Laßt Euch von dem deutschen Großkapital nicht an die Wand drücken! Reigt, daß kräftiger als der Geldsack der ersten Wille und die arbeitende Hand des Proletariats ist!

Nur der Führer des Befreiungskommandos III, General v. Oven, wurde vorläufig von seinem Posten entlassen, weil er eine sehr unklare Stellung eingenommen hatte. Er kam am Nachmittag dieses Tages in das Reichswehrgruppenkommando und gab Lüttwich die Zusicherung, daß er stets für das Unternehmen geworfen sei und sich Lüttwich von vornherein zur Verfügung gestellt habe. Er sei auch jetzt noch auf seiner Seite und empfinde die Abfertigung als schwere Ehrenkränkung. Auf seine Erklärung, die von v. Lüttwich geglaubt wurde, wurde er in seine Stellung wieder eingesetzt. (S. 23.)

Später schildert Bauer, wie am 17. März vormittags plötzlich „Ein Haufen Generale und Stabsoffiziere“ erschienen und Lüttwich Rücktritt verlangte. Am Nachmittag versammelten sich die Kommandeure der Reichswehr. Bauer schreibt:

Von Anfang an war klar, daß die Saat des Verrats (!!!) auch unter ihnen aufgegangen war. General v. Oven sprach sich, zweifellos unter dem Einfluß seines Chefs, des Oberleutnants Wessel in schärfsten Worten gegen General v. Lüttwich aus und forderte dann — ich glaube nicht richtig zu hören — diejenigen auf, die noch für Lüttwich seien, sich zu melden. Es waren neben Kowalewitsch Ehrhard und seinen Offizieren noch etwa ein halbes Duzend. Der Rest war gegen Lüttwich. Jetzt hätte es nur noch ein Mittel gegeben. Aber Freiherr v. Lüttwich, aufs tiefste erschüttert, war dazu nicht mehr zu haben. (S. 26.)

Das „eine Mittel“ wäre natürlich der blutigste Terror gewesen, wie er mit dem Erschießungsersaß schon angebahnt war. Mit Hinsicht auf dieses „eine Mittel“ sind auch folgende Sätze interessant:

Von allen Seiten ließen Mahnungen ein, gegen die Juden einzuschreiten. Ich lehnte jedoch ab. Es wäre nichts einfacher gewesen, als ein Judenpogrom zu inszenieren, daß die breiten antisemitischen Kreise sofort zu aktiver Mitarbeit herangezogen hätte.

Dieses Zeugnis für unsere Antisemiten soll nicht vergessen werden! —

Den Generalen v. Schoeler und v. Botter befehligen Oberst Bauer, daß sie sich „zunächst auf keine Seite stellen“. — Alle diese Feststellungen eines Aufsehers werden die rechtsstehende Presse außerordentlich in Verlegenheit bringen, die ja immer behauptet, daß die Reichswehr gar nicht mitgemietet habe und daß alle Entlassungen nur dem blinden Rodedursi entspringen.

Mit wider Willen freilich Bauer natürlich über den Generalkrieg der ihm des Genid gebrochen hat, ebenso über die Heiligkeit des Märperturns, das ihn im Stich gelassen hätte. Den Vorwurf des Meineids gegen die Reuterer schüttelt er leichtfertig ab, aber moralisch entrüstet ist er, daß man ihm und seinen Kumpanen die niemals verbindlich zugestante Amnestie verweigert. Er schließt mit dem entrüsteten Ausruf: „Wer hält heute noch sein Manneswort?“ Dieser Ausruf verdient allerdings als Heberschrift über den Putsch der Lüttwich, Ehrhard und Bauer zu stehen.

# Groß-Berlin

## Zu den Gemeindevahlen für das neue Berlin.

### Funktionärkonferenz.

Die Konferenz von Abteilungsleitern, Wahlvereinsvorständen und Gemeindevertretern der S.P.D. aus Groß-Berlin erörterte gestern die Bestimmungen über die Wahlen für die nach dem Gesetz vom 28. April zu schaffende und am 1. Oktober in Kraft tretende Einheitsgemeinde Berlin. Diese Wahlen sollen schon am 20. Juni, nur 14 Tage nach den Reichstagswahlen, stattfinden, so daß nur noch fünf Wochen für die vorbereitenden Arbeiten und für die letzte Aufklärung der Wählerchaft bleiben.

Ein Referat des Genossen Paul Hirsch beleuchtete über die zentralisierende und doch auch wieder dezentralisierende Organisation des erweiterten Berlin und seiner Teile, über die zusammenfassende Einheitsgemeinde mit ihrer großen Stadtverordnetenversammlung und die zwanzig Verwaltungsbereiche mit ihren kleineren Bezirksversammlungen. Gewählt wird in 15 Wahlkreisen, in die das ganze Gebiet unter Zusammenfassung der kleinsten Verwaltungsbereiche eingeteilt worden ist. Im allgemeinen gelten die Grundzüge des Reichstagswahlgesetzes. Wahlberechtigt ist aber bei den Gemeindevahlen nur, wer bei Beginn der Wählerlistenausfertigung bereits das Bürgerrecht und seit mindestens einem Jahr seinen Wohnsitz in Groß-Berlin hat. Zu den diesmaligen Wahlen werden jedoch rezentempfangene Kriegsbeschädigte sowie ehemalige Kriegs- oder Zivilgefangene und aus den abgetretenen Landesteilen hierher gekommene Flüchtlinge auch dann zugelassen, wenn sie noch nicht ein volles Jahr hier wohnen. Sie müssen aber, weil sie nicht in den Listen stehen, besondere Wohlheime beantragen. Wählbar zum Stadtverordneten oder Bezirksverordneten ist schon, wer seit mindestens sechs Monaten seinen Wohnsitz in Groß-Berlin hat. Hirsch erläuterte eingehend auch die Vorschriften über die Aufstellung und Einreichung von Vorschlagslisten und über die Verteilung der Mandate nach dem Verhältnis der Stimmensahlen. Er wies darauf hin, daß mehr als je das Interesse jedes Wählers erfordert, seiner Partei keine Stimme verloren gehen zu lassen. Aufgabe unserer Funktionäre sei es, dafür zu sorgen, daß falsche Anwendung der Vorschriften verhindert wird. Die Wähler seien in der letzten Zeit, die uns noch bleibt, durch eifrige Agitation über die hohe Bedeutung dieser ersten Gemeindevahlen für das neue Berlin aufzuklären.

In der Diskussion betonte Ritter-Berlin die Notwendigkeit, für die Stadtverordnetenversammlung der Einheitsgemeinde den im kommunalen Leben der Vorortbewohnenden Genossen die gebührende Vertretung zu sichern. Andererseits muß aber, wie Dr. Dorchardt-Charlottenburg hervorhob, bei der Vorschlagslistenstellung jede Aristokratiepolizei vermieden werden.

Auf Antrag von Baranowski-Lichtenberg wurde beschlossen: Der Groß-Berliner Bezirksverband soll sofort ein aus 15 Personen zusammengesetztes Wahlkomitee einberufen, in dem jeder der 15 Wahlkreise der Einheitsgemeinde vertreten sein muß.

## Die Tarifierhöhung für den Berliner Verkehr genehmigt

### Aus der Zweckverbandversammlung.

Die Vollversammlung des Zweckverbandes Groß-Berlin verhandelte heute über die Erhöhung des Tarifs der Verkehrsstraßenbahnen. Der Verbandsausschuß beantragte, den 50-Pfennig-Tarif vom 21. Mai ab durch einen 70-Pfennig-Tarif zu ersetzen, aber Sammelkarten für 8 Fahrten zu 5 Mark auszugeben.

In der Debatte über die Tarifierhöhung für die Verkehrsstraßenbahnen glaubte Kommerzienrat Haberland alle Kräfte darauf zurückführen zu sollen, daß wie die geschäftlichen Verhältnisse über den achtstündigen Arbeitstag haben. Unsere Verhältnisse können, sagte er, nicht wieder gesunden, wenn nicht jeder soviel arbeiten darf, wie er will. Die Arbeitsleistungen sind zu teuer, weil die Arbeitszeit zu beschränkt ist. (Stadm. Vornach-Berlin: Ja, arbeiten Sie nur!) Ich bin überzeugt, daß wir trotz dieser neuen Tarifierhöhung mit einer weiteren Defizitwirtschaft zu rechnen haben. Sonnenfeld-Berlin hält einen Staffeltarif trotz Wagenüberfüllung für möglich. Bei Bemessung der kleinsten Tarifstrecke auf 1/4 Kilometer zu möglichem Fahrpreis werde der Verkehr sich haben und der Ertrag sich sichern. Stadtm. Cassel-Berlin bedauerte, daß die Tarifierhöhung nicht zu umgehen ist. Oberbürgermeister Wermuth-Berlin wies darauf hin, daß mit ihr die Frage des Staffeltarifs nicht endgültig erledigt sei. Stadtm. Dr. Weyl-Berlin bemängelte die Ueberfüllung der Wagen, die den Fahrgeldbetrag erschwert, und rügte die Unpünktlichkeit des Verkehrs. Generaldirektor Wussow erwiderte der Berliner Straßenbahnbetrieb sei „ausgegüht“. Stadtm. Ad. Hoffmann-Berlin untertrug den Vorwurf der Unpünktlichkeit. Die weitere Debatte erstreckte sich hauptsächlich auf den Staffeltarif. Stadtrat Köhning-Berlin möchte ihn für später im Auge behalten. Vizebürgermeister Wiesener-Tempelhof befürchtete von ihm eine Schädigung der Außenbezirke und Verschärfung der Wohnungsnot in den Innenbezirken. Die Vollversammlung genehmigte schließlich die Tarifierhöhung für die Verkehrsstraßenbahnen.

Zur Herabsetzung der Straßenbahnbetriebsausgaben sollen die Elektrizitätswerte Berlin vorbehaltslos der Zustimmung der Gemeindebehörden den Stromlieferungspreis nach einem gerechteren Verfahren unter Sonderung ihrer Kostenstellen, ihrer Löhne usw. übernehmen. Die Vollversammlung erklärte sich einverstanden.

Zugestimmt wurde auch den Tarifierhöhungen für die Eßener Straßenbahn (50 Pf.) und für die Haselbahn (3. Klasse 60 Pf. und 75 Pf., 2. Klasse 70 Pf. und 90 Pf., Haselbahn 40 Pf.).

Vom Verbandsausschuß vorgelegte Richtlinien für eine Betriebsgemeinschaft zwischen den Straßenbahnen der Stadt Berlin und den Verkehrsstraßenbahnen wurden gebilligt. Die Direktion der Verkehrsstraßenbahnen soll die Gesamtleitung haben, doch würden Grundstücke und Betriebsmittel der städtischen Straßenbahnen das Eigentum Berlin bleiben. Die Berliner Gemeindebehörden müssen hierzu noch Stellung nehmen.

Das Personal der Berliner Straßenbahnen ist von den Verkehrsstraßenbahnen mit übernommen worden. Es erhält Ruhestands- und Hinterbliebenenversorgung, die es noch nicht hatte. Angerechnet wird dabei die Hälfte der bisherigen Dienstzeit.

Eine Ausschreibung gestohlener Teppiche veranlaßt die Kriminalpolizei von heute ab auf acht Tage in den Geschäftsräumen von Quantmeyer und Wiede in der Wilhelmstraße 55, an der Ecke der Leipziger Straße, es handelt sich um 25 sehr wertvolle orientalische Teppiche, die von der Kriminalpolizei nach langen Nachforschungen in der Villa eines Berliner Schlaghahnenabreiters zu Düsseldorf entdeckt und beschlagnahmt wurden. Die Bestohlenen, die Teppiche als ihr Eigentum erkennen, werden ersucht, sich bei Kriminalkommissar Treutin im Zimmer 204 des Berliner Polizeipräsidiums zu melden. Die Ausschreibung dauert acht Tage. Bei dem hohen Wert der Teppiche hat die Kriminalpolizei besondere Sicherheitsmaßregeln getroffen.

Heber „Kadaverer und Sozialismus“ spricht heute 8 Uhr in der Universität, Dörlal 140, Saffo: K. Reunigke. Eintritt frei. Gäste willkommen.

Die zweite Tagung für Verbands- und Großkapitalisten kann nicht wie geplant Ende Mai in Domburg stattfinden, weil auf einen rechtzeitigen Abzug der hiesigen Verbandsgruppen gerechnet werden kann. Es ist beschlossen worden, die Tagung im Anschluß an die Deutsche Naturforscherversammlung stattfinden zu lassen, und zwar vom 24.—26. September in Bad Domburg.

